Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: SPS-Parteitag in Lausanne : Arbeit und Umwelt. Teil I, Eine sozialdemokratische Antwort ist notwendig

Autor: Stich, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340383

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

setzt. Vielleicht unternimmt Strahm demnächst einmal eine Reise nach Liverpool oder Bruxelles um diesen «sozialdemokratischen Entwurf» verwirklicht zu sehen!

Die Ziele

Strahm formuliert seine für die SPS gedachten Ziele so: «1. Die SPS als Bewahrerin der Demokratie in der Schweiz. 2. SPS als Verteidigerin des Sozialstaats. 3. SPS als organisierendes Zentrum für alle Kräfte, die die Natur und Umwelt schützen und erhalten wollen. 4. SPS als lenkende Kraft zur Beherrschung des Fortschritts.» (S. 186)

Schön und gut. Die Mittel dazu? Genügend Wähler und Wählerinnen, um die Regierungsfähigkeit zu erhalten. Heisst bei Strahm: Eroberung der Macht. Einer, der bewusst gegen Utopien schreibt, der der Arbeiterbewegung nur eine korrigierende Rolle im Kapitalismus zuschreibt, der explizit den «zehntausenden kleinen geschichtsvergessenen Aktionen» der SP eine ebenso grosse Bedeutung wie dem (einzigen) Generalstreik zumisst, der will sich nicht nach links bewegen, will auch nicht an 68 anknüpfen. Trotzdem werden bestimmt viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der *heutigen* Situation in diesem Buch (und dem Autor) eine Hoffnung auf neuen Schwung für die SPS und die Arbeiterbewegung erblicken: Es erscheint als zusammenhängendes Projekt, als das Zusammenführen der «alten roten» Schichten mit den «neuen grünen», als «realistische» und unmittelbare Perspektive, um den Krebsgang der SPS zu stoppen und um damit den Bürgerlichen Paroli zu bieten.

Sie werden aber enttäuscht werden: Die SPS unter Strahm/Hablützel und dem die Mieterschutz-Initiative killenden Moritz Leuenberger («Ich bin für Privateigentum», «Ich rufe nicht nach Gesetzen, sondern nach moralischen Normen»[7]) wollen nur das alte SPS-Projekt unter neuen Vorzeichen weiterführen. Der Konsen (mit dem Bürgertum) soll neu ausgelotet werden, um Stimmabstinenz und den Vormarsch politischer Randgruppen zu stoppen. Das ist die Aufgabe der modernen Sozialdemokratie[8].

Strahm beginnt sein Buch mit der forschen Behauptung: «Es gibt keine Partei oder Organisation, die so viel ökologisches Expertenwissen und umweltpolitische Erfahrung aufweist wie die SP. Es gibt in der SP mehr Frauen als in allen feministischen Gruppen. Es gibt hier mehr Dritte-Welt-Engagierte als in der Dritte-Welt-Bewegung. Und es gibt in der SP mehr sozial Tätige, Sozialarbeiter und Sozialversicherungspraktiker, als in jeder anderen sozialpolitisch aktiven Organisation.» (S. 15/16) Da erlaube ich mir die Frage: Und die sollen alle darin verkommen, um die Ideen, Hoffnungen, Ideale, Utopien und Solidarität erdrückende Sozialpartnerschaft in der bornierten Schweiz auf ewige Zeiten zu perpetuieren? Das darf noch nicht alles gewesen sein! Nach der Lektüre von Strahms Buch bin ich noch motivierter, beim Legen neuer Schienen für den fahrenden Zug mitzumachen.

Anmerkungen

1) Peter Hablützel in «Profil» Nr. 6/86 (Nachwort)
2) Der Untertitel von Strahms Buch lautet: «Über die Zukunftschancen einer regierungsfähigen Linken in der Schweiz – Sozialdemokratische Entwürfe für eine Schweiz von morgen»
3) Rudolf H. Strahm: «Warum sie so arm sind». Peter Hammer Verlag Wuppertal 1985. 217 S. Fr. 14.80
4) Wir haben bereits mehrmals über die Illusionen einiger «fortschrittlicher» Kulturschaffender geschrieben, die meinen, dass sich aus der CH 91 etwas anderes als ein Festival bürgerlicher Werte machen liesse.
5) Seit dem Erscheinen von Strahms «Räderwechsel» hat die SP-Linke noch ihr letztes Ausdrucksmittel, das Zürcher «SP-Info» verloren. Der Versuch von Andi Gross, ein paar SP-ler rund um die GSoA zu restrukturieren, wird diesen Verlust nicht ersetzen können.
6) Zu diesem Problemkreis erscheint demnächst ein neuer «Widerspruch».
7) In: «Politik und Wirtschaft» 6/86
8) wie 1)

SPS-Parteitag in Lausanne: Arbeit und Umwelt I

Eine sozialdemokratische Antwort ist notwendig

Ansprache von Bundesrat Otto Stich

Liebe Genossinnen,
Liebe Genossen
Die engagierte Art, wie Ihr über das Kongressthema diskutiert, zeigt, wie sehr uns alle die Problematik «Arbeit und Umwelt» beschäftigt. Der Hauptgegenstand unseres Parteitages ist keineswegs erst seit dem grossen

Unglück im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine von grösster Bedeutung. Ich komme noch darauf zurück. Auch viele unserer politischen Freunde im Ausland führen diese Debatte seit langem. Der Fortgang der Diskussion dort zeigt die Notwendigkeit einer *eigenständigen sozialdemokratischen Antwort* auf unsere *zentrale Frage*: Wie lässt sich die lebenswichtige Forderung nach Vollbeschäftigung mit einer gesunden Umwelt in Einklang bringen? Ich begrüsse diese Diskussion und danke allen, die sich daran beteiligen.

Wir dürfen uns in verschiedener Hinsicht keinen Illusionen hingeben: Wir sind uns einig, dass man sich in den fünfziger und sechziger Jahren allzu einseitig dem Modell des quantitativen Wachstums verschrieben hat. Es gab damals objektive Gründe: vor allem einen grossen Nachholbedarf im Bereich der Sozialversicherungen, des Bildungswesens und der Verkehrsinfrastrukturen. Vergessen wir nicht, dass die damals getätigten Investitionen der öffentlichen Hand sich auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung abgestützt haben. Heute wissen wir, dass in jener Zeit Aspekte eines geordneten, umweltfreundlichen Wachstumsmodells eindeutig zu kurz gekommen sind.

Die Ölkrise anfangs der siebziger Jahre und sich mehrende Anzeichen einer schleichenden Umweltzerstörung haben uns inzwischen nachdenklich gemacht. Es wäre jedoch falsch zu glauben, dass wir heute bereits alle Widersprüche zwischen der Forderung nach Vollbeschäftigung und dem Schutz der Umwelt aus der Welt geräumt hätten. Das braucht Zeit, viel Zeit. Das braucht Ideen und politische Kraft. Aber auch den politischen Willen, unsere eigenen Ideen zu verwirklichen.

Es gehört zur Politik der Arbeiterbewegung, dass sie versucht, redlich zu handeln, dass sie Probleme stets auf den Tisch gelegt und nicht eingenebelt hat. Wir haben Schwierigkeiten nicht verschwiegen, und wir sind die wirtschaftlichen und sozialen Probleme angegangen. In jenen wenigen Fällen, als die Sozialdemokratie einen anderen als den vorgezeichneten Weg gegangen ist, erhielt sie die Quittung des Volkes. Der Souverän folgte ihr nicht und die arbeitende Bevölkerung musste die Folgen tragen.

Die schweizerische Sozialdemokratie als politische Kraft und Vertreterin der breiten Arbeitnehmerschichten in unserem Land hat jedes Problem stets auch auf seine vielfältigsten Auswirkungen und seine ganze Tragweite hin zu untersuchen, zu überprüfen und gesamtgesellschaftlich zu bewerten. Themenorientierte Gruppierungen verzichten oft darauf, an alle Teilaspekte und Verknüpfungen zu denken. Sie haben es deshalb leichter als wir. Weil wir es uns so leicht nicht machen können. Wir sind deshalb auch stärker mit den Widersprüchen konfrontiert, die bei einer redlichen, problemgerechten Auseinandersetzung zwangsläufig auftauchen. Ich möchte deshalb eine Reihe von Aspekten ganz besonders hervorheben, die mit unserer Fragestellung eng verbunden sind und die deshalb nicht zu kurz kommen dürfen.

Ich denke, wenn wir dies zum Leitsatz unserer Debatte nehmen, wird es uns gelingen, langfristig die Widersprüche zu überwinden und Lösungen zu finden: Lösungen im Dienste einer gesunden Umwelt, Lösungen indessen, die auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind.

Fünf Aspekte scheinen mir bedenkenswert, die wir in unsere Überlegungen einbeziehen müssen, damit wir diesen Ansprüchen gerecht werden:

- Wir müssen uns über ein vernünftiges Modell des künftigen Wirtschaftswachstums unterhalten.
- Wir haben auf die Bevölkerungsentwicklung Rücksicht zu nehmen.
- Wir müssen die Bedeutung der neuen Technologien richtig einschätzen.
- Wir müssen die Menschen und die Wirtschaft umweltbewusst und umweltfähig machen.
- Wir können nicht ausser acht lassen, dass die Schweiz in der Welt und teilweise durch die Welt existenzfähig ist.

Lasst mich zu diesen fünf wesentlichen Aspekten im Zusammenhang mit unserem Parteitagsthema einige Ausführungen machen:

1. Wirtschaftswachstum ist notwendig

Ohne wirtschaftliches Wachstum ist ein sozialer, gestaltungs- und leistungsfähiger Staat nicht möglich. Wirtschaftswachstum bedeutet aber gerade nicht, dass wir zu den fragwürdig gewordenen Rezepten der fünfziger und sechziger Jahre zurückkehren sollen. Vielmehr sind wir aufgefordert, dem Begriff des Wirtschaftswachstums einen neuen Inhalt zu geben und in Zukunft von *qualitativem Wachstum* zu sprechen. Eine Kommission unter der Leitung von Genosse Waldemar Jucker hat kürzlich einen ausgezeichneten Bericht zu diesem Thema veröffentlicht. Darin ist eine Definition des Begriffes enthalten, die uns weiterbringen kann: «Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtgesellschaftlichen und pro Kopf der Bevölkerung erreichten Lebensqualität, die mit geringem oder zumindest nicht ansteigendem Einsatz an nicht vermehrbaren oder nicht regenerierbaren Ressourcen sowie abnehmenden oder zumindest nicht zunehmenden Umweltbelastungen erzielt wird . . . Gesamtwirtschaftlich gesehen bedeutet qua-

litatives Wachstum eine Orientierung auf einen international wettbewerbsfähigen Typus der Wertschöpfung, der mit weniger externen Kosten und Belastungen Dritter sowie geringerem Aufwand an Rohstoffen und Energie verbunden und durch Einsatz von mehr Fähigkeitskapital gekennzeichnet ist.»

In den folgenden Punkten werde ich auf einige Aussagen in dieser treffenden Definition zurückkommen.

2. Die Bevölkerung wird älter

Wer über das Thema «Arbeit und Umwelt» nachdenkt, kommt an der altersmässigen Zusammensetzung der Bevölkerung in der absehbaren Zukunft nicht vorbei. Im Jahre 1900 waren nur 9 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer über 60 Jahre alt. Heute sind es 18 Prozent und aller Voraussicht nach werden bis zur Jahrtausendwende über ein Fünftel der Bevölkerung in diesem Land 60 Jahre und älter sein.

Das einzige, was wir heute dazu sagen können, ist, dass die demographische Lage die kurzfristige Finanzierung der Sozialwerke bis 1995 garantiert, sofern wir weiterhin ein Wirtschaftswachstum haben, das auch in Zukunft notwendig ist. Es gilt also, heute Massnahmen vorzukehren für den Fall, dass sich die Bevölkerung ungünstig entwickeln würde, falls eine geringere Zahl von Berufstätigen als heute nach 1995 für eine grössere Zahl Studierender und eine grössere Zahl Betagter aufkommen müsste. Wir werden bald wissen, wie die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre, die jetzt auf den Arbeitsmarkt kommen, ihr Privatleben gestalten. Werden sie Familien gründen? Werden sie eins, zwei oder sogar mehr Kinder haben? Davon hängt ab, ob wir nach 1995 die Finanzierung der AHV neu überdenken müssen. Heute kennen wir die Antwort noch nicht. Ich erinnere daran, dass das Generalthema an der Landi 1939 unter anderem war, ob die Schweiz vom Aussterben bedroht sei. Und Professor Kneschaurek hat sich seinerzeit in die andere Richtung verrechnet. Die Bevölkerungsentwicklung geht eigene Wege. Sicher ist nur, dass wir heute die wirtschaftliche Kraft und die Möglichkeit haben, einige notwendige Änderungen vorzukehren.

Wir müssen über die Gleichbehandlung von Mann und Frau in diesem Bereich nachdenken. Die Angleichung des Pensionsalters der Frauen an jenes der Männer halte ich weder für die richtige noch für die zeitgemässe Antwort. Vielmehr kann die Flexibilisierung des Pensionsalters ein Schritt zur Gleichberechtigung von Mann und Frau sein. Und dies auch deshalb, weil uns die technologische Entwicklung der Zukunft sowohl in Industrie und Büro zwingt, die vorhandene Arbeit besser auf die Arbeitssuchenden zu verteilen. Das flexible Rentenalter und die Verkürzung der Arbeitszeit sind Beiträge, die der Arbeitslosigkeit entgegen wirken. Eine positive Nebenwirkung beider Massnahmen ist die Verbesserung der Lebensqualität.

3. Die neuen Technologien bringen Arbeiten zum Verschwinden

Es ist nicht das erste Mal, dass neue Methoden in der industriellen Fertigung und neue Hilfsmittel im administrativen Bereich Ängste und Befürchtungen auslösen. Zu recht bangen viele – und manche aus eigener Erfahrung – um ihre Arbeitsplätze. Diese Furcht kann nicht aus der Welt geschafft werden, indem man sie mit einem rosigen Bild der Zukunft übertüncht. Aber ebenso falsch wäre es, sich den neuen Technologien zu widersetzen. Die Gründer der Arbeiterbewegung haben sich nicht den Maschinen entgegen gestemmt. Sie haben nur dafür gekämpft, dass den Menschen Rechnung getragen wird, dass die gefährlichen Auswüchse der Industrialisierung beseitigt wurden. Die Maschinen sollten nicht der reinen Profitmaximierung dienen, sondern die Arbeitsbedingungen verbessern. Heute stehen wir erneut vor einem solchen Kampf. Das ist eine weltweite Auseinandersetzung, die von den Arbeitnehmerorganisationen und den Gewerkschaften ausgefochten werden muss und auch ausgefochten wird. Bei wachsender Nachfrage kann überdies auch die Arbeitszeit weiter verkürzt werden. Die Arbeitsinhalte können bereichert, die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die neuen Technologien erfordern mehr denn je die Mitwirkung und Mitbestimmung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Büro und Unternehmen. Denn ohne einen breiten Konsens zwischen Arbeitern, Angestellten, Technikern und Unternehmern ist es nicht möglich, dass die Folgen dieser tiefgreifenden Änderungen im Wirtschaftsleben den Arbeitsfrieden weiterhin erhalten. Und Arbeitsfriede bedeutet die friedliche Regelung von Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Auch von den neuen Technologien her ist eine höchste Anstrengung im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefordert. Eine breite, aber gleichzeitig auch spezialisierte Ausbildung bedeutet heutzutage, einen Fahrschein in die Zukunft zu besitzen. Die Ausbildung soll aber nicht am Tor der institutionalisierten Schulen halt machen. Sie soll auch nicht zum Privileg einer Klasse oder einer Generation gemacht werden. Deshalb müssen vermehrt Anstrengungen in der Erwachsenenbildung gemacht werden.

4. Wir müssen die Menschen und die Wirtschaft umweltbewusst und umweltfähig machen

Die Umweltproblematik ist, wie ich zu Beginn angedeutet habe, zu einem hart umkämpften Profilierungsthema verschiedenster Gruppierungen geworden. Das hat der Sache selber wenig gedient. Die Sorge um die Umwelt ist keineswegs die Angelegenheit einiger weniger. Vielmehr geht sie uns alle an. Was nützt es, unsere materiellen Lebensbedingungen ständig zu verbessern, wenn andererseits die Umweltschäden zunehmen und so die Lebensqualität zerstört wird, weil die linke Hand nicht wissen will, was die rechte Hand tut? Wir sind gezwungen, Wirtschaftswachstum neu zu definieren und dabei zu einem breiten Konsens zu gelangen.

Gewiss braucht es rechtliche Normen, die den Umweltschutz und die Pflichten des Einzelnen und der Gemeinschaft gegenüber der Ökologie regeln. Das allein nützt aber kaum etwas. Zuviele Regeln können auch ersticken, können wertvolle Initiative zerstören und hindern den Einzelnen, seine Verantwortung wahrzunehmen. Vielmehr muss versucht werden, die Kosten des Umweltschutzes in den Marktmechanismus einzubauen. Denn die Wirtschaft hat *kein Recht* auf Umweltbelastung, sondern *die Pflicht,* die Umwelt zu schützen. Meine Devise lautet deshalb: soviel Gesetze wie nötig und soviel Markt wie möglich. Das Instrument, mit dem dieser Devise nachgelebt werden kann, heisst *Lenkungssteuern.* Damit kann erfahrungsgemäss umweltgerechtes Verhalten belohnt werden. Wer aber nicht allgemeinen Umwelterkenntnissen gemäss handelt, bezahlt auch die Kosten, die er damit verursacht. Ihr wisst es, und mir ist auch bewusst, ohne ein starke Verantwortung der Sozialdemokratischen Partei im Volk und ihre starke Vertretung im Parlament kommen wir nicht voran. Die Verwerfung der Erhöhung des Heizölzolls im Parlament hat gezeigt, dass die Konservativen Nein sagen, wenn es um praktische umweltpolitische Massnahmen geht.

Ich glaube, dass hier auch der Ort ist, wo wir über die Katastrophe von Tschernobyl sprechen müssen. Wir alle haben Lehren zu ziehen. Bestimmt ist es möglich, Unfallrisiken so gering wie möglich zu halten. Aber ganz aus der Welt können wir diese Risiken nicht räumen. Deshalb kann die Kernenergie nicht mehr als eine energiepolitische Übergangslösung sein. Wenn wir anfangs der sechziger Jahre zutiefst überzeugt waren, dass die friedliche Nutzung der Atomenergie die Zukunft sei, so müssen wir heute eine Korrektur aus bitteren Erfahrungen vornehmen:

In der Kernenergie liegt nicht die Zukunft, die wir uns vorstellen. Dabei müssen wir aber bedenken, dass es keine nationalen Lösungen geben kann. Auch wenn die Schweizer Bevölkerung den UNO-Beitritt abgelehnt hat. Die Sozialdemokraten haben dies bei der UNO-Abstimmung immer wieder betont. Ihre Mitglieder und Wähler haben das laut VOX-Analyse auch verstanden und mehrheitlich dem UNO-Beitritt zugestimmt. Ich betone deshalb: ein kernenergetischer Musterknabe Schweiz hat die Sicherheit noch nicht vergrössert. Tschernobyl bedeutet auch, dass die Risiken weiträumig und deshalb grenzüberschreitend, ja kontinental sind. Atomstrom aus Tschernobyl, weil wir die eigenen Reaktoren ohne Alternative stillgelegt haben, ist sicher nicht das, was wir in Zukunft wollen. Deshalb sollten wir überall dort, wo wir international tätig sind und tätig sein dürfen, darauf hinwirken, dass die Sicherheit verstärkt und dass der Ausstieg aus der Kernenergie zu einem übernationalen energiepolitischen Anliegen wird, das von den Regierungen zielstrebig durch eine Umlenkung der Forschungsaufgaben auf erneuerbare Energieträger und griffige Energiespar-Massnahmen umgesetzt wird. Vergessen wir nicht, dass technisches und menschliches Versagen auch möglich ist bei der atomaren Rüstung. Die Schweiz muss deshalb auch in Zukunft Abrüstungsgespräche fördern.

5. Die Schweiz lebt in der Welt, mit der Welt und durch die Welt

Wir wissen heute, dass die grosse Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit ihrem deutlichen Nein zur UNO keineswegs die Abkoppelung des Landes von der Welt gemeint hat. Eine grosse Mehrheit befürwortet eine aktive Aussenpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass die Schweiz keine Insel ist. Die Schweiz gehört kulturell und ihrer Zivilisation nach zu Europa. Das Schicksal Europas ist bis zu einem gewissen Grad auch das Schicksal der Schweiz.

Seit dem Zweiten Weltkrieg versucht Europa mit unterschiedlichem Erfolg, eine neue eigene Identität zu finden. Diese Anstrengung muss es teilweise gegen die Absichten der beiden Grossmächte in Ost und West unternehmen. Diese Identitätsfindung ist deshalb ein schwieriger und langwieriger Prozess, dessen Ausgang auch heute nicht absehbar ist.

Hinzu kommt die Dritte Welt mit all ihren sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen, aber auch mit ihren kulturellen Nöten und Problemen. Unser Land hat bei der besseren Verteilung der Güter und Reichtümer unter die Entwicklungsländer bei Wahrung deren eigener kultureller Identität eine wichtige Rolle wahrzunehmen. Die

Schweiz sollte sich dabei besonders auch auf Länder in der Dritten Welt konzentrieren, die auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft sind. Wir wissen, dass die entsetzliche Armut in den Entwicklungsländern und der auch hier oft ungerecht verteilte Reichtum die Quelle gefährlicher Konflikte sind, die den Weltfrieden ständig und zunehmend gefährden. Hinzu kommt die rasante Aufrüstung in West und Ost, aber auch in vielen Entwicklungsländern, die dadurch noch mehr ins Hintertreffen geraten. Hier muss unser Land auch weiterhin mithelfen und tatkräftig unterstützen, was die Entwicklungsländer wirtschaftlich und politisch unabhängig macht.

Mir scheint, dass wir solche Fragenkomplexe auch berücksichtigen müssen. Gewiss ist auch, dass wir diese Thematik zu politischen Vorschlägen verdichten müssen, hinter die sich eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellen können.
Der politische Dialog, ich übersehe das nicht, ist schwieriger geworden. Auch das Regieren in unserem Land stösst mehr und mehr auf Schwierigkeiten. Die Kräfte des Beharrens auf alten, lieb gewordenen Gewohnheiten, die natürlich oft auch mit Privilegien verbunden sind, sind eher stärker geworden. Wir müssen leider feststellen, dass die fortschrittlichen Kräfte die Phantasie allein aufbringen müssen, damit diese mehrheitsfähigen Vorschläge entstehen. Sie müssen dafür sorgen, dass Wege aus dem Umweltdilemma gefunden werden. Die Gestaltungsfähigkeit des konservativen Lagers fehlt. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Bürgerlichen im Parlament heute die Fehler von gestern in der Finanzpolitik wiederholen? Schon in den sechziger Jahren weigerten sie sich beharrlich, aus einer relativ komfortablen Finanzlage des Bundes das Beste zu machen: nämlich die Einnahmen langfristig zu konsolidieren und die Gestaltungskraft der Politik zu erhalten. Zwangsläufig kam dann in den siebziger Jahren die Stunde der Wahrheit, nämlich des Sparens an allen Ecken und Enden. Und jetzt, wo endlich wieder die Defizite aus einer günstigen Konjunkturlage heraus momentan zurückgehen, werden zwar allerhand Vergünstigungen verlangt und Begehren gestellt, die den Bund aber Milliarden kosten. Niemand aus diesen konservativen Kreisen ist auch bereit, dem Bund die Mittel dazu zur Verfügung zu stellen. Das ist dasselbe Rezept wie jenes von vorgestern, nur mit dem haarkleinen Unterschied, dass man aus der Vergangenheit offensichtlich auch jetzt nichts lernen will, obwohl es dabei nicht nur um eine Erhöhung der Steuerquote geht.

Die konservative Welle, die uns in den letzten Jahren überrollt hat, sollte uns, die demokratische Linke in diesem Land, einigen. Damit wir sozialdemokratische Antworten auf die Probleme finden, die ich skizziert habe, brauchen wir die Solidarität und die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte in diesem Land. Wir müssen uns der weitreichenden Bedeutung dieser Probleme bewusst werden. Lasst uns deshalb die Energien, den Sachverstand, die Kompetenz, die in unserer Partei und bei unseren Wählern vorhanden sind, freimachen. Vergessen wir nicht, dass wir in einer Demokratie leben. Hier entscheidet letztlich das Volk. Hier wählt auch das Volk – oder doch jener Teil der sich der Verantwortung bewusst ist und zur Urne geht.
Wir müssen und können dafür sorgen, dass unsere Reihen wieder stark werden und geschlossen sind, damit wir unsere Politik wieder vermehrt auch durchsetzen können. Überlassen wir die Querelen und Rivalitäten unseren politischen Gegnern. Konzentrieren wir uns auf die Lösung der Zukunftsaufgaben. Denn wir können und müssen die Zukunft gewinnen.

SPS-Parteitag 1986 in Lausanne: Arbeit und Umwelt II

Ohne Gewerkschaften geht nichts

Von Christiane Brunner, Präsidentin des VPOD

Man kann blättern, so lang man will, in den inzwischen historisch gewordenen Parteiprogrammen «Plan der Arbeit» von 1935 und «Die neue Schweiz» von 1942, man wird das Wort «Umwelt» kaum finden. Ja, nicht einmal für die Verfasser des «Winterthurer Programms» von 1959 war die Umwelt ein Thema. War vielleicht damals die Umwelt und ihre Zerstörung noch gar kein Problem? Oder war sie ein Problem, aber nicht bei uns? Denkt an Gegenden, wie das Ruhrgebiet, wie Lothringen, Wallonien oder an Städte wie Manchester oder Birming-